



FCV-VWG

Fédération des Communes Valaisannes
Verband Walliser Gemeinden

*Union des Villes Valaisannes
Vereinigung der Walliser Städte*

Medienmitteilung

Monthey/Brig, 14. Januar 2019

Der Verband Walliser Gemeinden (VWG) und die Vereinigung der Walliser Städte (VWS) lehnen die schädliche Zersiedelungsinitiative ab

Die Zersiedelungsinitiative ist ein unnötiger zentralstaatlicher Eingriff in die Entwicklungsmöglichkeiten und in den raumplanerischen Handlungsspielraum der Gemeinden. Deshalb empfehlen der Verband Walliser Gemeinden und die Vereinigung der Walliser Städte, die Zersiedelungsinitiative abzulehnen.

Die Vorstände des VWG und der VWS haben entschieden, die Zersiedelungsinitiative, über die am 10. Februar 2019 abgestimmt wird, zur Ablehnung zu empfehlen. Stéphane Coppey, Präsident des VWG und Stadtpräsident von Monthey erklärt die Folgen der Initiative: „Sie verlangt das sofortige generelle Einfrieren der Bauzonen. Damit verfolgt die Initiative einen viel zu radikalen raumplanerischen Ansatz. Zudem entmachtet sie die Gemeinden in der Raumplanung und nimmt ihnen jeglichen Handlungs- und Gestaltungsspielraum. Wir lehnen deshalb diese für die Entwicklung der Gemeinden, der Wirtschaft, des Tourismus und der Landwirtschaft gefährliche Initiative entschieden ab.“

Die Zweitwohnungsinitiative und die erste Etappe der Revision des Raumplanungsgesetzes, die 2014 in Kraft trat, brachten schon zahlreiche Verschärfungen bei der Nutzung von Bauzonen. Gemeinden arbeiten aktuell intensiv daran, ihre Zonennutzungspläne gemäss dem Raumplanungsgesetz anzupassen, übergrosse Bauzonen zu verkleinern und Verdichtungen nach Innen zu planen. „Die Nutzungsbedürfnisse in den Städten und auf dem Land sind sehr unterschiedlich, was in der Initiative überhaupt nicht berücksichtigt wird. Den Gemeinden ist der sorgfältige Umgang mit den Bodenreserven sehr wichtig. Im Vordergrund steht im Moment allerdings die Umsetzung des Raumplanungsgesetzes, welche in vollem Gange ist und die Gemeinden vor grosse Herausforderungen stellt. Es braucht deshalb keine zusätzlichen Einschränkungen“, erklärt Niklaus Furger, Präsident der VWS und Gemeindepräsident von Visp.

Der zentralistische Ansatz nimmt weder Rücksicht auf kommunale, kantonale und regionale Unterschiede noch auf die unterschiedlichen Nutzungsbedürfnisse im städtischen und ländlichen Raum. Gemeinden, die bisher sparsam mit dem Boden umgegangen sind, müssten ihr Bauland an Regionen mit einem überdurchschnittlichen Bevölkerungswachstum und geringen Reserven abgeben. Bauzonen müssten über Gemeindegrenzen hinweg umgelagert werden, was das Territorialprinzip durchbricht und neue Unsicherheiten schafft.

„Es ist deshalb dringend notwendig, die Kräfte zu mobilisieren und diese Initiative abzulehnen“, halten Stéphane Coppey und Niklaus Furger fest.

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an:

Stéphane Coppey, Präsident des Verbandes Walliser Gemeinden, unter 079 290 92 40

Niklaus Furger, Präsident der Vereinigung der Walliser Städte, unter 079 436 51 53

Fédération des Communes Valaisannes
Verband Walliser Gemeinden
Viktoriastrasse 15
Postfach 685
3900 Brig

☎ 027 924 66 00
✉ info@fcv-vwg.ch
🏠 www.fcv-vwg.ch